1.5.1969

Kampftag der Arbeiter

1. Mai

Revolutionäre Soldaten vor dem „Frankfurter Hof" in Frankfurt (Main) am 9. November 1918

BASIS-GRUPPEN SDS

WER HAT UNS VERRATEN - SOZIALDEMOKRATEN !

Mit den Arbeiterverrätern Ebert und "Bluthund" Noske wurde der Verrat an der deutschen Revolution blutig eingeleitet. Heute wird von den Charaktermasken der SPD-Spitze mit Notstandsgesetzen, Vorbeugehaft und dem Ausnahmezustand für die Universität, dem "studentischen Ordnungsrecht" ein neuer Faschismus vorbereitet. Heute wie damals wird das kapitalistische System, die Herrschaft der monopolistischen Clique über die lohnabhängigen Massen nicht in Frage gestellt. Die Folge muß eine Politik sein, die im Dienste der herrschenden Klasse steht und damit Verrat an den Interessen der arbeitenden Massen ist. Die Sozialdemokratie hatte schon immer die Aufgabe, die unterdrückten Klassen durch Phrasen zu verdummen oder, wie die Gewerkschaften, deren Unmut durch Scheinreformen zu kanalisieren (Mitbestimmung, Beispiel Frankreich Mai 1968).

WER HAT RECHT , KARL LIEBKNECHT !

Wer die Wirtschaft des kapitalistischen Systems durch konzertierte Aktion stützt, ist nur konsequent, wenn er versucht, den kapitalistischen Staat durch NS-Gesetze und Terror gegen bewußt gewordene Minderheiten zu erhalten.

KAPITALISMUS FÜHRT ZUM FASCHISMUS - KAPITALISMUS MUSS WEG

Unsere Interessen können nicht von sogenannten Volksvertretern durchgesetzt werden, die ihrem Gewissen - und das heißt in der Praxis, den Parteibürokratien und damit der herrschenden Klasse-verantwortlich sind (Beispiel: SPD-Abgeordnete während der Notstandsgesetzgebung). Wir wählen niemanden, den wir nicht dauernd kontrollieren können!

VOLKSVERTRETER SIND VOLKSZERTRETER

Die Politik wird nicht von den Charaktermasken gemacht, die sich im Parlament Scheingefechte liefern, sondern dort wird das ausgeführt, was in den Entscheidungszentren der monopolisitschen Wirtschaft beschlossen worden ist. Da nützt es auch nichts, wenn die DKP die verlassenen Positionen der SPD einnimmt und in einer "Frieden -,Freundschaft -,Eierkuchen-Einheitsfront" mit den Verrätern der Sozialdemokratie einen machtvollen Kampf um mehr Parkplätze verspricht. Die DDR, in der die Politik von verselbständigten revisionistischen Parteiapparaten gegen die Massen gemacht wird, kann für uns kein Vorbild sein. Wir müssen unsere Interessen selbst bestimmen und organisieren und uns im Kampf gegen die Bürokratien und Institutionen des Klassenstaates auf eine wirklich revoulutionäre Umwälzung vorbereiten.

BRECHT DEM STAAT DIE GRÄTEN - ALLE MACHT DEN RÄTEN !

Mitbestimmung als Arbeiterverrat

WIR FORDERN SELBSTBESTIMMUNG

Nachdem die deutschen Gewerkschaften ihre Zustimmung zu der Verabschiedung der faschistischen Notstandsgesetzgebung erteilt und mit heuchlerischen Argumenten eine wirkliche Mobilisierung der lohnabhängigen Massen verhindert hatten, erhielten sie als Gegenleistung von der zur "Regierungspartei" abgestiegenen SPD die baldige Verabschiedung eines "Mitbestimmungs"-Gesetzes zugesagt. Die Arbeiterschaft sollte die Notstandsgesetze widerstandslos akzeptieren - die bittere Mahlzeit sollte ihr durch "Mitbestimmung" versüßt werden, die gleichzeitig den Gewerkschaften als Alibi für ihre verräterische Politik dient. Der DGB wagt in diesem Zusammenhang von "humanitären Leitbildern", von "Integration der Arbeitnehmer in die freiheitlich-demokratische Ordnung unseres Staates" usw. zu sprechen. Dies alles soll die "Mitbestimmung" bewirken - in der Tat ein freudiges Ereignis für das Kapital, nicht aber für die lohnabhängigen Massen! Anstatt wirklicher Demokratisierung, d.h. Selbstbestimmung der Arbeiter und Angestellten im Betrieb und in der Gesellschaft, zu fordern, begnügt sich der DGB und seine Funktionäre mit der Mitsprache bei der Unternehmenführung, die in Ziel und Grundsatz allein dem Profitinteresse des Kapitals verpflichtet ist und also dem Interesse der Arbeiter widerspricht. Dies zeigen zahllose Beispiele aus der Montanindustrie, in der seit zwei Jahrzehnten die "Mitbestimmung" eingeführt ist, die jedoch an der realen Lage des Arbeiters nichts geändert hat.

Die Notstandsgesetze sind für eine Zeit geplant, in der die Arbeiterschaft zu einem offenen und aktiven Klassenkampf übergehen wird, die "Mitbestimmung" aber soll diesen Klassenkampf möglichst schon vorher unterbinden, indem sie die Entmündigung der Massen garantiert! Dafür sind die Mai-Ereignisse in Frankreich das beste Beispiel. Die Lohnabhängigen traten in den Generalstreik. Sie begannen mit ihrer eigenen Interessenvertretung, deren Ziel der Sturz der kapitalistischen Herrschaft und Gesellschaft war. Sie besetzten Betriebe, die sie errichtet hatten, die sie in Gang hielten, in denen sie den Reichtum des Kapitals produziert hatten. Dem autoritären Regiment der Direktoren, Abteilungsleitern und Meistern wurde ein Ende bereitet: Die Arbeiter nahmen die Produktion in die eigenen Hände.

UND DIE GEWERKSCHAFTEN ?

Sie versuchten die soziale Revolution, den aktiven Klassenkampf und die Selbstorganisation der Massen wieder zurück in die stinkenden Kanäle des alten korrumpierten Systems zu leiten. Als Dank dafür bekamen sie später von der autoritären Staatsadministration den faden Bonbon "participation" (= "Mitbestimmung"). Kein anderes Beispiel zeigt besser die Unterdrückerfunktion der DGB-"Mitbestimmung". Wenn jetzt entlassen wird, ist nicht mehr nur der Kapitalist beteiligt: Die Gewerkschaft entläßt mit. Wenn die Akkorde willkürlich erhöht werden, ist der Gewerkschaftsbürokrat dabei, wenn ein Betrieb stillgelegt wird, wird er von Kapital und Gewerkschaft gemeinsam zu Grabe getragen.

BRECHT DEM KAPITALISMUS DAS GENICK!

Die Alternative dazu kann nur sein: Beseitigung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die den Arbeiter selbst dann noch ausbeutet, wenn er glaubt, Feierabend zu haben - er ist dann zum Konsum verpflichtet! Die Beseitigung aber erreicht man nicht, indem man kapitalistische Gewerkschaftspolitik treibt! Für das Kapital gibt es imKampf um seine Lebensinteressen keine Kompromisse. Ebenso

wenig aber auch für die Arbeiterschaft. In Worten spricht ein Otto BRENNER noch von einem Klassenstaat in der BRD, in der Praxis jedoch verrät er die Interessen der Lohnabhängigen, indem er die Notwendigkeit des Klassenkampfes leugnet. Daher müssen die Arbeiter ihre Interessen selbst vertreten, sich selbst organisieren, wie es die Studenten an vielen Universitäten bereits versuchen, und den Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung, den autoritären Staat und gegen die korrumpierte Gewerkschaftsbürokratie aufnehmen. Wenn man uns sagt, daß wir in einem Klassenstaat leben, dann ziehen wir die praktische Konsequenz: Den Klassenkampf!

Das radikale Geschwätz der Gewerkschaftsbosse von einem Klassenstaat entlarvte sich daher spätestens in den Kämpfen gegen die Notstandsgesetzgebung: In schon oft erlebter und praktizierter Einmütigkeit zementierten Unternehmer, die "Volkspartei" SPD und die Gewerkschaften endgültig die bisherigen Herrschaftsverhältnisse in der BRD, das heißt die Macht der Kapitalisten wird jetzt ganz offen gegen die Interessen der Arbeiter staatlicherseits abgestützt. Ein Beispiel: In dem sehr unbestimmt formulierten Artikel 9 des Notstandsgesetzes, der angeblich den Arbeitskampf sichern soll, ist den Unternehmern die Möglichkeit zugeschanzt worden, auch Lohnkämpfe als politische Kämpfe zu betrachten und sie infolgedessen mit Hilfe der Regierung abzuwürgen. Exempel für eine solche Verfahrensweise sieht man deutlich in den faschistischen Ländern Griechenland, Spanien und Portugal. Doch bleiben wir im eigenen Land, denken wir an das verschleiernde und kompromisslerische Verhalten der hessischen SPD-Landesregierung und der Gewerkschaft beim Streik der CORRECTA-Arbeiter!

Der Fall CORRECTA -
oder: Wie man die Arbeiter verschaukelt

Als die Gummiarbeiter 1967 in Kampf um höhere Löhne in den Streik traten, wechselte der schlaue WilliKAUS , Alleinbesitzer der CORRECTA-Schaumstoffwerke in Bad Wildungen, kurzerhand seine Farbe: Er verließ den Arbeitgeberverband der Gummiindustrie und wurde Mitglied des Arbeitgeberverbandes Kunststoff. Er hatte einen sehr "triftigen" Grund: Die Tariflöhne in der Kunststoffindustrie sind bis zu 3o Prozent niedriger als in der Gummiindustrie! Gleichzeitig platzte durch diese KAUS-Manipulation eine schon angesetzte Urabstimmung der CORRECTA-Arbeiter über eine Beteiligung am Streik der Kollegen in der Gummiindustrie!

Jetzt war Kaus gut raus: Die Einhaltung der einzelnen Arbeitsverträge stand nunmehr ganz in seinem Belieben. Das war selbst für die Gewerkschaft auf die Dauer unerträglich, sie forderte einen separaten Unternehmenstarifvertrag. Als KAUS ablehnte, mußte sie (schon um ihr Gesicht vor der Arbeiterschaft zu wahren) im November 1968 den Streik ausrufen. Die Antwort des Kapitalisten KAUS war prompt: Aussperrung! Obwohl Aussperrung nach Art. 29 Abs. 5 der hess. Verfassung rechtswidrig ist, ergriffen weder SPD-Landesregierung nocht Gewerkschaften kämpferische Maßnahmen. Sozialminister Hensath meinte nur zynisch: "Sollten wir die Streikbrecher etwa nicht mit Polizei ins Werk begleiten?" Dabei wußte die SPD sehr wohl, daß KAUS zusammen mit seinem Arbeitgeberverband im Fall CORRECTA ein Exempel statuieren wollte:

DER NOTSTAND SOLLTE GEPROBT WERDEN !

Handlager HANDRACK, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Chemie, verwies eindeutig auf die"unumstößliche Rechtmäßigkeit" des Aussperrungsbeschlusses mit eben dem berüchtigten Art. 9 Abs. 3 des "neuen" Notstandsgesetzes, das "keine einschränkenden Maßnahmen bei einem Arbeitskampf dulden würde". HANDRACK hatte recht: Der Artikel, der nur vom "Arbeitskampf" und nicht vom "Streik" spricht(!), ist bewußt so undeutlich abgefaßt, um bei Konflikten den Herrschenden die Möglichkeit zu geben, ihn nach ihrem Gusto (das heißt nach ihrem Profitinteresse) auszulegen.

Die Antwort auf dieses gewälttätige Exempel seitens der Unternehmer konnte nur heißen: Besetzung des Betriebes und Übernahme der Produktion durch die Arbeiter, Stürmung des Arbeitgeberverbandes und militante "Besuche" im Privatpalast des Kapitalisten KAUS. Doch die Gewerkschaften haben schon lange das Kämpfen verlernt:Während sich ROSENBERG und Co. in Offenbach an dem eigenen "Mitbestimmungs"-Geschwafel und an der untertänigen Zustimmung der Gewerkschaftsfunktionäre erfreuten, demonstrierten die Studenten vor dem Arbeitgeberverband Chemie in Frankfurt. Nur massiver Polizeieinsatz konnte sie daran hindern, den Geldbonzen einen heißen Abend zu bereiten.

Daß es noch nicht einmal zu einer notwendigen verfassungsrechtlichen Klärung der Aussperrung bei CORRECTA kam, ist das "Verdienst" der hess. Landesregierung und der Gewerkschaften: Die für die Herrschenden brenzlige Situation wurde durch internes Gemauschel und geheime Absprache vertuscht, eine eminent wichtige politische Frage, bei der es um die primitivsten sozialen und politischen Rechte der lohnabhängigen Masse ging, wurde nach bewährtem Rezept zu einer rein tariflichen Frage abgewiegelt, obwohl noch im Notstandskampf die Gewerkschaften und die SPD großmäulig verkündet hatten, daß sie bereits dem geringsten Mißbrauch des neuen Gesetzes Einhalt gebieten wollten!

Die Kollegen bei CORRECTA können Auskunft darüber geben, wieviel "Rädelsführer" des Streiks vomHerbst 1968 inzwischen entlassen wurden, ohne daß ein Hahn - schon gar nicht die Gewerkschaften - nach ihnen krähte!

DESHALB: ENTLARVT DIE GEWERKSCHAFTEN ALS HERRSCHAFTSINSTRUMENT - ORGANISIERT EUCH SELBST !

Es wird vom Klassenkampf gefaselt, aber alles getan, um zusammen mit den Unternehmern Ausbeutungspolitik zu treiben. Man unterwirft sich willig dem Diktat der "konzertierten Aktion" von SPD-Schillers Gnaden, die 1968 den Kapitalisten Gewinn-Steigerungen bis zu 4o Prozent zuschanzte, während die Arbeiter mit 3 bis 5 Prozent abgespeist wurden. SPD und Gewerkschaften als verlängerter Arm der Unternehmer — es wird Zeit, daß der Arbeiter praktische Folgerungen aus der alten Erkenntnis zieht, daß der Kampf für die Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen niemals erfolgreich sein kann, wenn man ihn nicht mit einem prinzipiellen Kampf gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem verknüpft!

DREI FRAGEN ZUM PROLETARISCHEN INTERNATIONALISMUS

Oft entstehen Streit und Haß zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern. Ein kleiner, scheinbar bedeutungsloser Konflikt am Arbeitsplatz, beim Einkaufen, in der Straßenbahn oder in der Kneipe reicht manchmal schon aus, daß sich großes Geschrei in allen Sprachen erhebt und sich regelrechte "feindliche Lager" bilden. Jeder weiß, daß es schlimm ist, wenn sich die Arbeiter selber in feindliche Lager spalten. Trotzdem kommt es zu Streit. Selten fragt mal einer, warum das so ist.

Frage 1: Aus welchen Ländern kommen die Gastarbeiter und warum gehen sie von dort weg?

Sie kommen hauptsächlich aus Portugal, Spanien, Süditalien, Jugoslavien, Griechenland und aus der Türkei. Ein oder zwei dieser Länder kennen viele von uns: Das sind die großen Erholungsgebiete Europas mit Meer und Sonne, Oliven und Wein. Wenn wir abgeschafft sind oder auch einfach mal raus aus dem elenden Trott wollen, dannkönnen wir dort Urlaub machen und es uns wohl ergehen lassen. Aber wenn das Brot im Süden billiger ist, vergessen wir oft, daß der Bäcker dort eben auch weniger verdient. Und wenn das Benzin dort teurer ist, so merken wir nicht, daß es für den einfachen Bauern und Landarbeiter überhaupt nicht mehr erschwinglich ist. Dieses ganze riesige Gebiet im Süden Europas, aus dem die Gastarbeiter kommen, ist ein einziges wirtschaftliches Notstandsgebiet: Die Löhne sinken, die Arbeitslosenzahlen steigen, und der Unterschied zwischen Arm und Reich wird immer größer. Ein Land ohne nennenswerte Industrie bewahrt sich zwar eine gewisse Naturschönheit, ist aber zur Armut verbannt. Dazu kommt, daß die Unzufriedenheit der Arbeiter, Bauern, auch der Studenten und der kleinen Händler und Angestellten in diesen Ländern oft nur noch mit brutaler Polizei- und Militärgewalt unterdrückt werden kann. In Portugal, Spanien und Griechenland gibt es faschistische Diktaturen, in denen Arbeiter vor Militärgerichte gestellt und in den Folterkammern der Gefängnisse den unvorstellbarsten Torturen ausgesetzt werden.
- Dies sind ein paar Gründe, warum die Gastarbeiter ihr Land verlassen.

Frage 2: Nehmen uns die Gastarbeiter die Arbeitsplätze weg oder beuten sie uns auf irgend eine andere Art aus?

Zunächst muß es wie ein verrückter Einfall erscheinen, überhaupt diese Frage zu stellen, wenn man sich bloß die konkrete Lage der Gastarbeiter in der BRD ansieht. Wirtschaftlich sind sie schlechter gestellt als die deutschen Arbeiter und werden vor allem für die Dreckarbeit eingesetzt. Sie sind in Ghetto-Umgebungen eng zusammengepfercht, leben in Baracken auf Fabrikgelände oder in Wohnhäusern, wo ihnen Wuchermieten abgenommen werden. Und schließlich existiert das Ausländergesetz, das bereits 1965 als einer der frühesten (und für das "deutsche" Bewußtsein offenbar problemlosesten) Bestandteile der Notstandsgesetzgebung verabschiedet wurde.

Dieses Gesetz macht es möglich, jeden mißliebig aufgefallenen Ausländer - Student, Praktikant oder Arbeiter - jederzeit auf bloße polizeiliche Anordnung hin aus dem Lande zu verweisen oder gar in sein in vielen Fällen faschistisches Heimatland abzuschieben. Will er vor Gericht Einspruch erheben, so darf er das - von seinem Heimatland aus.

Gerade aber aus dem Grund, daß die Gastarbeiter eine nahezu rechtlose, besonders schlecht bezahlte und gesellschaftlich als Menschen zweiter Klasse behandelte Schicht innerhalb der Arbeiterklasse bilden, werden sie benutzbar für die Zwecke der Ausbeuter und Profitgeier. Wer zu Hause arbeitslos war, nimmt hier auch schlechter bezahlte Arbeit an, ohne als erstes nach dem Verdienst seines deutschen Kollegen zu fragen. Damit drückt er objektiv das allgemeine Lohnniveau herunter. Wer ein Opfer der deutschen Vorurteile wird und von den Arbeitern in der BRD sowieso nicht akzeptiert wird, kann sich unversehens zum Streikbrecher mausern. Wer gezwungen ist, sich mit sozialen Verhältnissen abzufinden, die unter dem Lebensstandard der deutschen Arbeiterklasse liegen, der setzt sich schließlich selbst in die Rolle dessen, im Vergleich zu dem sich der deutsche Arbeiter ein scheinhaftes Selbstbewußtsein zurecht schustern kann. Die Unternehmer, die Geldsäcke sind es, die ein Interesse daran haben, auf solche Weise den Spaltpilz in die Arbeiterklasse hineinzutragen. Genau wie der Rassismus, den die Nazis gegen die Juden entfachten, den Zweck hatte, alle Schuld und allen Terror, mit dem die herrschende Klasse ganze Völker in den Krieg trieb, auf eine wehrlose Minderheit abzuwälzen - genau so werden die Gastarbeiter erst einmal durch besondere Arbeitsverträge und Ausländergesetz entrechtet und dann demagogisch als die Schuldigen hingestellt, obwohl sie selber nur doppelt und dreifach ausgebeutet werden.

Frage 3: Wie können wir gemeinsam mit den ausländischen Kollegen den Faschismus hier und in ihren Heimatländern bekämpfen?

Für die ausländischen Kollegen, die als Gastarbeiter hierher kommen und hoffen, dem Terror der faschistischen Diktatur entronnen zu sein, ist unser Ausländergesetz der verlängerte Arm des Regimes in ihrem Heimatland. Die Zusammenarbeit der "freiheitlich-demokratischen" Regierung in der BRD mit den faschistischen Machthabern in Südeuropa wird konkret in der Duldung und Unterstützung von ausländischen Geheimdiensten, von Terror-Gruppen, die gegen oppositionelle Arbeiter aus ihren Heimatländern vorgehen, in der gemeinsam ausgeübten Kontrolle über den Arbeitsmarkt (Spitzel in den Arbeitsämtern), in dem schon in vielen Fällen durch die Ausländerpolizei verfügten Verbot, den Arbeitsplatz zu wechseln (eine ohne Erklärung des Notstands faktisch durchgeführte Dienstverpflichtung), in der Praktik, politisch unliebsame Ausländer bei Nacht und Nebel abzuschieben, und in vielen anderen Maßnahmen. Der Terror, der jetzt schon gegen die ausländischen Arbeiter und Studenten geübt wird, ist ein kleiner Vorgeschmack auf das, was uns selbst blüht, wenn wir die Herrschenden hierzulande dazu kommen lassen, ihre Notstandspläne gegen uns anzuwenden.
Der internationalen Zusammenarbeit der faschistischen Konterrevolution setzen wir die auch schon praktizierte Solidarität der Unterdrückten entgegen. Wir haben gezeigt, und werden weiterhin deutlich machen, daß sich unsere

Solidarität nicht auf die leeren Phrasen der Gewerkschaften und Sozialdemokraten beschränkt. Wir werden weiterhin die Niederlassungen der faschistischen Staaten in der BRD direkt angreifen. Wir werden die Zusammenarbeit mit den revolutionären ausländischen Genossen verbessern.

FÜR ALLES REAKTIONÄRE GILT: DASS NICHT FÄLLT,
WAS MAN NICHT NIEDERSCHLÄGT! (MAO)

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG DURCH RATIONALISIERUNG UND AUTOMATION !

Welcher Irsinn: Schutz der Arbeiter vor Rationalisierung und Automation!

In unserem System bedürfen die Arbeiter eines Schutzes vor der Automation, weil die Produktionsmittel von denen kontrolliert werden, die ani ihrem privaten Profit und nicht am Fortschritt der arbeitenden Masse interessiert sind. Automation bedeutet Verringerung der Arbeit - die Gewerkschaften "schützt" die Lohnabhängigen vor der Abschaffung der Arbeit! Anstatt die Kontrolle der Arbeiter über die Produktion zu erkämpfen, wurden den Besitzenden nur Schein-Reformen abgefeilscht.

In der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur herrscht eine kleine Gruppe von Wirtschaftsbossen über den Produktionsapparat. Das kapitalistische System ist wie nie zuvor eine Fessel der Produktion geworden, und deshalb werden die Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung auch viel einschneidender eingeschränkt und entstellt, als vor einigen Jahrzehnten. Im Spätkapitalismus wird die Bedürfnisbefriedigung auf eine Art und Weise deformiert - durch das Primat der Profitmaximierung, die man nur als Konsumterror bezeichnen kann. Tag für Tag werden die Lohnabhängigen im Fernsehen, Radio und Kino und auf Plakaten mit Werbung bombardiert, die sie selber noch bezahlen müssen. Denn die Bedrohung durch Absatzkrisen, die früher nur periodisch auftrat ist heute permanent geworden, was eine systematische und praktische Verschleierung und Abwehr dieser Gefahr hervorgerufen hat, die teils von den Kapitalisten selbst, teils von ihrem willfährigem Werkzeug, den Staat, betrieben wird.

Einige Methoden, die die Kapitalisten direkt anwenden, zielen darauf ab, den Lohnabhängigen den letzten Groschen für nutzlose und überflüssige Produkte aus der Tasche zu ziehen. In den Fabriken werden Arbeiter gezwungen, Autos zu produzieren, die so konstruiert sind, daß sie in verhältni verhältnismäßig kurzer Zeit verbraucht sind. Es sind die gleichen Autos, die der Arbeiter für den eigenen Bedarf von seinem sauer verdienten Geld kauft, um in kurzer Zeit wieder ein neues erarbeiten zu müssen! Die Profitinteressen derjenigen, die bestimmen, was und wie produziert wird, verlangen, daß der Absatz durch kurzlebige Produkte erhalten und gesteigert wird.

Das Profitinteresse f[illegible]ert
[illegible] und kurzlebige P[illegible]kte

Also: Das Profitinteresse fordert:

- lange Arbeitszeit und kurzlebige Produkte

Die materiellen Interessen der Lohnabhängigen heißen -

- langlebige Produkte und kurze Arbeitszeit!
(sofortige Verkürzung des 8-Stunden-Tages auf 4 Stunden!)

Eine Beispiel: Die technische Möglichkeit besteht, praktisch unzerstörbare Waren zu produzieren, wie Glühlampen, Autoreifen, Strümpfe usw. Diese Möglichkeiten auszunutzen liegt jedoch nicht im Profitinteresse der Kapitalisten. Deswegen lassen sie solche Patente, die die Lebenszeit dieser Produkte verlängern, in ihrem Panzerschrank verschimmeln. Deswegen versuchen die Studenten in den Universitäten, die Wissenschaft den kapitalistischen Profitinteressen zu entreißen und in den Dienst des Klassenkampfes zu stellen. Daher fordert die Verwirklichung der Interessen der lohnabhängigen Massen die Umwälzung des kapitalistischen Systems, den Sturz der herrschenden Klasse und die Beseitigung der Marktstruktur.

Denn unter den gegebenen Herrschafts- und Produktionsverhältnissen würde die Produktion von langlebigen Gütern in einem Betrieb zu Arbeitslosigkeit führen, da diejenigen, die über die Produktion bestimmen, gleichzeitig unwiedersprochen über die Arbeitsplätze verfügen können.
Also ist es nutzlos, die Erhaltung der Arbeitsplätze zu fordern, wenn nicht gleichzeitig die Kontrolle über die Produktion erzwungen und die Selbstbestimmung der abhängigen Massen am Arbeitsplatz erkämpft wird.

STADTTEILBASISGRUPPEN – DEZENTRALISIERTE ORGANISATION

An den Aktionen gegen den Springer-Konzern und gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze haben die zahlreichen Lehrlinge und Arbeiter und junge Angestellte teilgenommen. Damit war die zunächst studentische Protestbewegung über die Hochschule hinausgegangen. Nachdem die Studenten sich nun seit etwa einem Jahr nach Fachbereichen und Basisgruppen zusammengeschlossen haben, organisierten sich in den letzten Monaten Lehrlinge und Jungarbeiter zusammen mit Schülern und Studenten in Stadtteilbasisgruppen. Aufgrund der bisherigen Isolation der politisch aktiven Arbeiter und Lehrlinge hat es sich als unmöglich erwiesen, Herrschaftskonflikte im Betrieb über einen rein gewerkschaftlichen Rahmen hinauszutreiben und in den politischen Kampf einzubringen.

ORGANISIERUNG AUSSERHALB DES BETRIEBES

Wir haben daraus die Konsequenz gezogen, uns zunächst außerhalb der Betriebe zusammenzuschließen zu Stadtteilbasisgruppen und die Jugendlichen in ihrer Freizeit zur Erkenntnis ihrer wirklichen Interessen und zur Teilnahme am politischen Kampf anzuregen. Dadurch bilden sich in der Jungarbeiterschaft Kader von politisch aktiven Genossen heraus, die den Kampf in den Betrieben verstärkt wieder aufnehmen. Die Voraussetzungen dafür schaffen wir, indem wir uns in Arbeitskreisen gemeinsam für den politischen Kampf schulen.

BILDET SELBSTTÄTIGE GRUPPEN

In unseren dezentralisierten Stadtteilbasisgruppen kann uns keine Gewerkschaftsbürokratie und kein Parteiapparat vorschreiben, was wir zu tun oder zu lassen haben. Denn wir haben eigesehen, daß weder Bundestagsabgeordnete noch Gewerkschaftsfunktionäre unsere Interssen vertreten und auch nicht vertreten können. Die Parlamentarier sind nur an ihr "Gewissen" gebunden, sie können nicht von ihren Wählern kontrolliert werden, sie vertreten nicht die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, sondern die der herrschenden, das heißt derjenigen, die über das Kapital verfügen und somit die Macht im Staat haben. So lehnte z.B. ein Großteil der Bundesbürger die Notstandsgesetze grundsätzlich ab, weil diese Gesetze das proletarische Machtmittel des politischen Streiks verbieten. Dennoch beschränkten sich die "linken" Sozialdemokraten auf bloße Korrektur von Schönheitsfehlern. Deshalb vertrauen wir keiner Partei und Gewerkschaft mehr, sondern nehmen unsere Sache selbst in die Hand.

KAMPF DEM TERROR DES JUGENDAMTES

Diesen Terror bekämpften wir in einer ersten Kampagne: In den Lehrlingsheimen werden die Jugendlichen diszipliniert und - ohne auf ihre Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen - für den kapitalistischen Produktionsprozeß abgerichtet. Gelingt dies nicht, so kommen sie in Erziehungsheime, die nur mit Gefängnissen zu vergleichen sind. Durch Entzug von Taschengeld, durch Prügelstrafe und Androhung von Überweisung ins Erziehungsheim werden die Jugendlichen terrorisiert. Durch unsere Aktionen in Lehrlingsheimen zeigen wir die Unterdrückung auf und zwingen die Leiter, den Lehrlingen Rechenschaft abzulegen. Damit entlarven wir die autoritäre Funktion des Heimleiters, der nichts anderes als ein Handlanger von Jugendamt und Lehrherrn ist. Diese praktische Aufklärung werden wir verstärkt fortsetzen.

"FREISPRECHUNG" FÜR LEBENSLÄNGLICHE ZWANGSARBEIT

Am 25. April wurde von uns die Freisprechungsfeier der Handwerkskammer gesprengt unter der Parole: Drei Jahre Zuchthaus, lebenslänglich Zwangsarbeit! Jeder Lehrling weiß, daß er beschissen und ausgebeutet wird, daß sein "Lohn" ein lächerliches Taschengeld ist. Durch die Freisprechung soll der Eindruck manipuliert werden, als sei dies mit dem Ende der Lehrzeit alles vorbei. Unsere Aktionen werden diese Illusion zerstören. Die Forderung der Gewerkschaften und der SDAJ nach einer besseren Berufsausbildung ändert nichts an der Ausbeutung von Lehrlingen und Arbeitern.

Wir wissen, daß vereinzelte Genossen aus dem Betrieb fliegen, wenn sie politisch aktiv werden. Die Gewerkschaft jedenfalls schützt sie nicht.

WENN WIR UNS EINZELN WEHREN, WERDEN WIR FERTIGGEMACHT - DESHALB MÜSSEN WIR UNS ZUSAMMENSCHLIESSEN, UM DEN KAMPF AUFZUNEHMEN!

Adressen von STADTTEILBASISGRUPPEN in Frankfurt:

BORNHEIM, Berger Str. 122
Tel. 43 71 24 /Hanischfeger

NORDEND, Nordendstr. 2O
Tel. 59 88 95 /Eurich

NIEDERRAD, Gerauer Str. 69 b
Tel. 67 36 09 /Katarski

Ausserdem gibt es Basisgruppen in Sachsenhausen, Hausen-Rödelheim, Bockenheim, Oberrad, Fechenheim, Neu-Isenburg, Gravenbruch. Adressen (Treffpunkt und Termine) über oben gegebene Adressen.

!!! In eigener Sache !!!

Diese Broschüre, die wir kostenlos verteilen, kostet einen Haufen Geld (ganz abgesehen von der Produktivkraft, die wir an sie verwenden mußten). Papier für Flugblätter, Farbe, Abzugmaschinen, Eier und Tomaten kosten Geld (Steine sind noch kostenlos). Prozesse nach den immer massiveren Polizeieinsätzen kosten Geld. Solange die besprochenen Verhältnisse noch hierzulande herrschen, wird sich daran kaum etwas ändern. Auch deswegen sind wir für ihre Abschaffung!

DESHALB: Republikanische Hilfe
6000 Frankfurt a. M.
Wilhelm Hauff-Str. 5, Tel. 77 60 68
DRESDNER BANK Kto. Nr. 28 28 80

Die REPUBLIKANISCHE HILFE ist übrigens für a l l e da!!!

druck: politcrack